

Widersprüche im Grundgesetz

Die ersten 19 Artikel der Verfassung, die besonders geschützten Grundrechte, werden häufig im Zusammenhang mit den Berufsverboten sehr einseitig interpretiert. So werden Rechte herzi iert und in Anspruch genommen; die im Grundgesetz ebenfalls vermerkten Einschränkungen dagegen werden unterschlagen. Wie aus dem Text ersichtlich, richten sich die Einschränkungen nicht extra gegen Faschisten, sondern gelten für jeden Bürger.

Wie widersprüchlich diese Rechte in sich selbst sind und welcher Interpretationsraum (von Benda bis DKP) dadurch gegeben ist, verdeutlichen die folgenden Auszüge:

Art. 2 (Allgemeines Freiheitsrecht)

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung.... verstößt.

Art. 5 (Meinungs- und Informationsfreiheit)

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten....

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze....

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Art. 8 (Versammlungsfreiheit)

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Art. 9 (Vereinigungsfreiheit)

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung.... richten, sind verboten.

Art. 10 (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis)

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden.

Art. 18 (Grundrechtsverwirkung)

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit.... zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

zur Spaltung des AK gegen Berufsverbote

Gründe

Hintergründe...

Der MSB Spartakus durch eine "Anzeige" im Astainfo (24.10.75) seine Meinung zur Berufsverbotsfrage der Hochschulöffentlichkeit vorgestellt. Uns bietet er damit die Gelegenheit, unsere Argumente auf diesen Text zu beziehen.

Im Vorspann seines Artikels im Astainfo bezeichnet uns der MSB rundweg als "maoistische Kommilitonen". Richtig ist vielmehr, daß von den Kommilitonen, die den MSB-nahen AK gegen Berufsverbote verlassen mußten, nur einer einer Gruppe nahesteht, die im üblichen Sprachgebrauch als maoistisch bezeichnet wird. Nachdem der Spartakus uns, den "Spalterclub", durch parteiische Betrachtung in die maoistische Ecke befördert hat, fällt es ihm nicht mehr schwer, den erwünschten, scharfen Trennungsstrich zwischen ihm und uns zu ziehen:

Wegen der Meinungsverschiedenheit in der Frage der Verfassungswidrigkeit der Berufsverbote "verbindet uns mit diesen Gruppen genau so wenig wie mit der CDU/CSU". (MSB im Astainfo).

Vor einigen Jahren hatten Kommilitoninnen in unserer Initiative gemeinsam mit Spartakisten den AK gegen Berufsverbote gegründet. Im SS hatten wir noch Flugblätter für die Berufsverbotsopfer der DKP, Schaefer und Selve, verteilt. Nachdem wir für die DKP-Mitglieder, die andere Auffassungen vertreten als wir, Solidarität geübt haben, bedanken sie sich dadurch, daß sie uns mit der CDU/CSU gleichsetzen!

Von der Gleichsetzung mit der CDU/CSU sind nicht nur ein Häuflein Hohenheimer Studenten betroffen, sondern der große Teil der Berufsverbotsgegner, die im Gegensatz zu den DKP-nahen Aktionskreisen für freie politische Betätigung im öffentlichen Dienst eintreten. Dazu gehört z.B. die Initiative der Beschäftigten an der Uni Stuttgart, die die bedeutendste Gruppe in Baden + Württemberg ist.

Stochastisches Modell gegen AK zur Spaltung des

Der MSB zieht Gräben durch die Bewegung, was auf Kosten der vom Berufsverbot Betroffenen geht. So lehnte der DKP-nahe Koordinierungsausschuß, in dem auch der Hohenheimer AK mitarbeitet, Solidaritätsaktionen für Pfarrer Gebert ab, weil er sich nicht auf die Grundgesetzinterpretation des Koordinierungsausschusses verpflichten lassen wollte.

Um die Spaltung zu rechtfertigen, baut der MSB in seinem Artikel einen maoistischen Buhmann auf, der dann entsprechend schamlos runtergemacht wird. Obwohl unsere Argumentation nichts mit dem Buhmann zu tun hat, müssen wir uns mit ihm beschäftigen, da der MSB uns damit meint.

„Verfassungswidrig“ und die Konsequenzen

Zunächst stellt der MSB seine Interpretation des Grundgesetzes vor, ohne sie zu begründen. Er benutzt dabei all die Begriffe, die man von der offiziellen Rechtsprechung her kennt, wie „freiheitlich demokratische Grundordnung“. Man stelle sich vor: Filbinger und der DKP-Vorsitzende reden nacheinander im Fernsehen über das Grundgesetz. Mit Entsetzen stellt der einfache Mann fest, daß beide dasselbe sagen. Woher soll er auch wissen, daß die DKP'ler etwas anderes meinen, wenn sie das gleiche sagen.

Im weiteren führt der MSB aus, daß er auf der Grundlage seiner Grundgesetzinterpretation die Berufsverbote kritisiert. Von dieser Grundlage aus fällt er den Richterspruch, daß die Berufsverbote „verfassungswidrig“ seien. Er macht sich damit selbstherrlich zum zweiten Bundesverfassungsgericht, was vom Grundgesetz nicht vorgesehen ist.

Seinen Konkurrenzkampf mit dem rechtmäßigen Bundesverfassungsgericht um die Grundgesetzinterpretation trägt der MSB auf Kosten der Beschäftigten im Öff. Dienst aus. MSB und das derzeitige Verfassungsgericht sind sich darin einig, daß die individuellen Freiheiten der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einzuschränken sind. Gleichmütig verkünden die beiden Konkurrenten, daß sich die Staatsdiener damit zu begnügen hätten, sich nur „im Sinne der Verfassung politisch zu äußern und zu betätigen“ (siehe Aufruf des Koordinierungsausschusses zur Demonstration im Dezember; siehe Urteil des Verf.-gerichtes).

Was im „Sinne der Verfassung“ ist, wird in Karlsruhe festgelegt. Der MSB und die DKP sähen selbst gern in Karlsruhe, um die Beschäftigten des Öff. Dienstes auf ihre Grundgesetzinterpretation schwören zu lassen. Deswegen konnte sich der MSB nie für die Forderung nach freier politischer Betätigung im Öff. Dienst begeistern.

Da die Spartakisten den Kampf gegen die Berufsverbote mit dem Ziel führen, ihre GG-interpretation rechtsverbindlich durchzusetzen, können sie eben im Aktionskreis nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die sich partout nicht ihrer Interpretation unterordnen wollen. Sie müssen sich von ihnen trennen, wie sich der Staat von Beamten trennt, die die derzeit rechtsgültige Grundgesetzinterpretation nicht respektieren wollen.

Wir, die Initiative gegen Berufsverbote, treten dafür ein, daß die Öff. Beschäftigten sich frei von der jeweiligen Interpretation des GG politisch betätigen können. Deswegen machen wir unsere Solidarität nicht von der politischen Gesinnung der Berufsverbotsopfer abhängig. Wir können ebenso den Schaefer von der DKP wie Pfarrer Gebert unterstützen, der für die KPD kandidiert hat.

BVG gibt Ursache der Berufsverbote bekannt!

Während der MSB einen rücksichtslosen Kampf um die Buchstaben des GG führt, erklärt das derzeitige Bundesverfassungsgericht (BVG), warum es das GG dahingehend interpretiert, daß die Berufsverbote im Sinne der Verfassung notwendig seien. Im Urteil des BVG ist der Schlüssel für das Verständnis der Berufsverbotsfrage zu finden!

Im Urteil heißt es:

Der Staat in seiner freiheitlich demokratischen Verfaßtheit bedarf, wenn er sich nicht selbst in Frage stellen will, eines Beamtenkörpers, der für ihn und die geltende verfassungsmäßige Ordnung eintritt, in Krisen und Loyalitätskonflikten ihn verteidigt, indem er die ihm übertragenen Aufgaben getreu in Einklang mit dem Geist der Verfassung, mit den verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen und Geboten und den geltenden Gesetzen erfüllt." (BVG, Juli 75)

Damit gesteht das BVG ein, daß die bürgerlich-demokratische Gesellschaft soziale Sicherheit nicht jederzeit gewährleisten kann. Die konservativen Richter verbreiten von sich aus die Einsicht, daß der demokratische Staat nicht immer auf die Loyalität seiner Bürger bauen kann und sich sogar gegen die Bürger wenden muß, um sich als allgemeine Zwangsgewalt zu erhalten. Deswegen ist der Staat auf disziplinierte Beamte angewiesen.

Das BVG selbst nimmt sich also die Freiheit, die Einschränkung der Beamtenrechte auf die gesellschaftliche Wurzel zurückzuführen. Es macht von sich aus die Grundgesetzinterpretation ^{zu} einer gesellschaftlichen Frage!

Wenn das BVG aus eigener Notwendigkeit zeigt, daß Verfassungsfragen von der gesellschaftlichen Basis her zu beantworten sind, so besteht für uns erst recht kein Grund, das Grundgesetz zu mystifizieren. Wir müssen von der Meinungsfreiheit des BVG Gebrauch machen und die gesellschaftlichen Verhältnisse der BRD zum Ansatzpunkt für die Analyse des GG machen.

Opportunismus bringt nichts ein!

Solange die Staatsbürger darauf spekulieren, daß sie innerhalb dieser Gesellschaftsordnung ihre Interessen wahrnehmen können, kann der verfassungsmäßige Staat auf ihre Loyalität rechnen. An sie knüpft der MSB in einer verkehrten Weise an. Er versucht sie dadurch für sich auszunutzen, indem er den Leuten nach dem Mund redet, Begriffe wie "freiheitlich demokratische Grundordnung" (FDGO) gebraucht und ihnen unter der Hand einen anderen Inhalt gibt. Er hofft, dadurch gerade die Leute zu gewinnen, die tatsächlich auf dem Boden der FDGO stehen. Zur Zeit ist es die überwiegende Bevölkerungsmehrheit.

Da die Berufsverbotegegner nur eine kleine Minderheit sind, fürchtet der MSB, daß diese Bürger von der Solidarität zurückgeschreckt werden, wenn man ihren Meinungen Argumente entgegengesetzt:

"Wenn wir uns darauf einlassen würden, dann wäre es an einigen Stellen vielleicht möglich, gemeinsame Sache mit maoistischen und trotzkistischen Gruppen zu machen, aber die "Breite" der Bewegung... stünde in keinem Verhältnis zur Verwirrung (!), die wir damit in einer solchen zentralen wie nach der Verfassungswidrigkeit der Berufsverbote zulassen würden." (MSB im Astainfo)

Die grenzenlose Anbiederung an das vorfindliche Bewußtsein ist die Ursache für die Niedertracht, mit der die DKP-nahen Aktionskreise an allen Orten den anderen großen Teil der Berufsverbotegegner ausbooten wollen. Sie spekulieren darauf, in den Augen der Bürger in einem um so günstigeren Licht zu erscheinen, wenn sie den anderen Teil der Bewegung als linken Buhmann aufbauen,

Sie können aber durch ihren Opportunismus nur eine Reihe prominenter Namen für Aufrufe gewinnen. Ein paar Dutzend prominenter Namen täuschen die Breite der Bewegung aber nur vor.

♩ Lied gegen die Berufsverbote

Titel: Berufsverbote oder Bosse, Bonzen und die Wahrheit

1 In diesem Staat, wo mancher gern von Freiheit spricht und Demokratie
 auch und prinzipiell, sofern
 er nicht zuhört, werden die
 Berufsverbote nicht nur jeden - und das laut -
 abgebaut,
 sondern abgebaut,
 Berufsverbote
 werden nicht
 von den Bonzen erdacht,
 von den Bonzen genehmigt,
 die sollen verhindern,
 daß einer den Kindern
 die Wahrheit erzählt.

2 Es könnte ja einer den Kindern mal sagen,
 wer wie bei uns die Arbeit macht
 und daß die auch das Risiko tragen,
 wenn schließlich mal der Laden kracht,
 und daß die Bosse nur als Drohnen
 auf Millionen Packen thronen,
 Berufsverbote,....

3 Es könnte ja einer den Kindern mal sagen,
 was Bosse und was Bonzen sind,
 daß beide sich sehr gut vertragen,
 und dann versteht ein jedes Kind,
 daß dies System, daß dieser Staat
 nur für die Bosse Vorteil hat,
 Berufsverbote,....

4 Es könnte ja einer den Kindern erklären,
 wie alles das zu ändern wär,
 Es könnte ja einer die Kinder lehren:
 Gemeinsam ist das gar nicht schwer,
 Und die nehmen die Macht in diesem Land,
 erwachsen, selber in die Hand,
 Berufsverbote,.....

5 Wir dürfen jetzt nicht eher ruhn,
 bis Kinder Demokraten werden,
 Wir müssen uns zusammmentun,
 dann kriegen unsre Herrn Beschwerden,
 Die Spaltung weg! Mit einem Wisch
 kommt dann auch der Erlaß vom Tisch,
 Gegen Verbote!
 Und für Rote
 im Schuldienst und so
 und auch anderswo!
 Wir müssen verhindern,
 Wir werden verhindern
 daß man unsern Kindern
 nur Lügen erzählt.